

Die Aktive informiert ...

Ausgabe 04

01/2006



Liebe KorschenbroicherInnen,

Der Beginn eines Jahres bietet immer wieder eine Gelegenheit kurz inne zu halten, über die vergangenen Monate nachzudenken und nach vorne zu blicken. Was hat sich in Korschenbroich politisch im Jahre 2005 ereignet? Anbei ein kurzer Überblick aus Sicht der **Aktiven Bürger Gemeinschaft** – nach unserem ersten Jahr im Stadtrat:

Im Oktober konnten wir ein "25 Jähriges" feiern. Normalerweise immer Grund zur Freude. In diesem Fall jedoch ein peinliches und schreckliches **Jubiläum**. Mehr dazu in dieser Ausgabe.

Auch eine zum Teil äußerst unsachlich geführte "Lobbyarbeit" zum Thema Baulandentwicklung durch "**Neues Bodenmanagement**" konnte den einstimmigen Ratsbeschluss hierzu nicht verhindern. Fakt ist und überregional anerkannt: es konnte nicht mehr sein, dass Private von der Umwandlung von Acker- in Bauland nur profitieren, die Kommunen hingegen die Lasten durch Entwicklung und Folgekosten tragen. Diese Praxis war Jahrzehnte der Fall und hat nicht unbeträchtlich zur jetzigen desolaten Haushaltssituation in unserer Stadt geführt.

Aktivitäten seitens Die Aktive zur Änderung des **Landeswassergesetzes** und im Hinblick auf eine Aufweichung des Begriffs **Dargebot** sind angelaufen. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass hier ein langer Atem notwendig ist. Details auf den folgenden Seiten; wie im Übrigen auch zu weiteren Initiativen der Wählergemeinschaft

Aktive Bürger Gemeinschaft
- **Die Aktive.**

Die beiden **Windparks** Korschenbroich Nord und Süd waren nicht zu verhindern. Mittels juristischer Drohkulisse inkl. erheblicher Schadenersatzansprüche winkte der Stadtrat mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP und **Die Aktive** in der Ratssitzung am 22.09.05 den Bebauungsplan "Windpark Korschenbroich-Süd" durch. Um eines klarzustellen: **Die Aktive** ist keinesfalls gegen erneuerbare Energie; sie sollte nur am richtigen Platz und in der richtigen Form eingesetzt werden. Weiteres hierzu an anderer Stelle dieser Ausgabe.



Manfred Henninger
Fraktionsvorsitzender

Der Regionalrat stoppte am 29.09.05 den weiteren Ausbau des **Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach**. Eine Anfang diesen Jahres zu erwartende Entscheidung der Bezirksregierung auf Basis des im Sommer durchgeführten Erörterungstermins im Nordpark (Borussen-Stadion) erübrigt sich somit. Nur die Mönchengladbacher, unter Federführung des Bundestagsabgeordneten Krings und der Düsseldorfer Oberbürgermeister Erwin, schießen noch quer. Trotzdem zeigte sich, was erreicht werden kann, wenn alle an "einem Strang ziehen": Politik und Bürgerinitiativen (Airpeace). Das wünschen wir uns auch bei der Lösung der Grundwasser-Problematik.

Haushalt und Finanzen der Stadt sind nach wie vor in erbärmlichem Zustand. Die Verschuldung belief sich per Ende 2004 auf inzwischen 77,5 Mio. Euro (inkl. Eigenbetrieb Abwasser); für jeden Korschenbroicher somit auf 2.298 Euro. Hinzu kommen weitere 12 Mio. Euro an Kassenkrediten, vergleichbar mit einem Dispo-Kredit auf privaten Girokonten. Vorschläge zur Sanierung und Konsolidierung liegen seitens **Die Aktive** auf dem Tisch. Wir hoffen, dass sich die Mehrheit im Stadtrat bei den nächsten Haushaltsberatungen endlich bewegt. Die Angst vor Veränderung muss ein Ende haben.

Wer Interesse hat, sich **weitere Themen** im Detail anzusehen, dem seien die Rubriken: "Ausschüsse / Anträge" und "**Die Aktive informiert**" auf unserer laufend aktualisierten Internetseite www.die-aktive.de empfohlen.

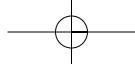
Die Aktive bietet Ihnen vielfältige Möglichkeiten, sich über die Politik in Korschenbroich und die Aktivitäten der **Aktiven Bürger Gemeinschaft** zu informieren: Schaukästen an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet, regelmäßige Ausgaben unserer Zeitschrift "**Die Aktive informiert**", wöchentliche Bürgersprechstunden in unserer Geschäftsstelle im Hannen-Center und - immer beliebter - im Internet unter:

www.die-aktive.de. Nutzen Sie die Angebote. Werden auch Sie aktiv. Sprechen uns an.

Wir sind für Sie da!

*Liebe Bürgerinnen und Bürger, im Namen der **Aktiven Bürger Gemeinschaft** wünsche ich Ihnen ein glückliches Jahr 2006.*

Manfred Henninger



Sachstandsbericht Grundwasser 2005

In der letzten Legislaturperiode hat der Stadtrat mit CDU-Mehrheit, die zuletzt nicht öffentlich tagende, städtische Grundwasserkommission abgeschafft.

Der CDU gelang es durch Einbindung der Grünen und der UWG erneut, sich die Mehrheit im Rat zu sichern. Dies gilt es zu bedenken, wenn man eine Zwischenbilanz zieht. Ebenfalls wichtig ist die rechtliche Situation, wonach zur Schaffung der rechtlichen Grundlagen zur Lösung der Grundwasserbedrohung zwingend ein Handeln der Landesregierung notwendig ist.

In der neuen Legislaturperiode wurde auf Betreiben der Wählergemeinschaft *Die Aktive* der Bereich Grundwasser dem neuen städtischen Ausschuss Umwelt, Grundwasser und Energie angegliedert. Unter dem Vorsitz von *Die Aktive* hat man zudem die Sitzungshäufigkeit erhöht. Bislang tagte der Ausschuss 6 mal.

Folgende Aktivitäten sind durch *Die Aktive* angestoßen worden. (Details im Internet unter: <http://www.die-aktive.de/ausschuesse.htm>):

1. Definition des Begriffs „Grundwasserbetroffenheit“: nur eine Solidargemeinschaft unter Einbindung aller Bürger im Stadtgebiet macht eine Lösung auf kommunaler Ebene möglich.

> Ergebnis: von der Ratsmehrheit abgelehnt

2. Verbesserte und beschleunigte Umsetzung der Bach- und Graben-Einpflüge im Stadtgebiet.

> Ergebnis: dauert an

3. Anrechnung von etwaigen Förderbeiträgen von Kreis und Land auf den Bürgeranteil (bislang 80 %).

> Ergebnis: durchgesetzt

4. Aufhebung der Versickerungsaufgaben für Notmaßnahmen.

> Ergebnis: noch nicht abschließend entschieden

5. Schnellstmögliche Beseitigung des PER-Schadens in Büttgen-Driesch. > Ergebnis: Planung läuft, Sanierung geplant

6. Neues Grabensystem zur Grundwasserableitung im Anströmbereich im Hoppbruch. Ziel: das Grundwasser soll in dieser Region vor dem Eintritt ins Stadtgebiet abgeleitet werden und nicht zu weiteren vermeidbaren Vernässungen der Häuser führen.

> Ergebnis: wurde nicht untersucht

7. Anträge Notmaßnahmen in Herrenshoff, Raderbroich, Kleinenbroich und Pesch im Rahmen der Genehmigungen durchzuführen.

> Ergebnis: von der Ratsmehrheit abgelehnt

8. Verlagerung der Brunnen des Wasserwerkes Lodshof/Waldhütte (sollte dieses wirklich wieder ans Netz gehen) nach Süden in den Anströmbereich des Grundwassers. Ziel: Raderbroich und Herrenshoff zu schützen, weitere Pumpmaßnahmen überflüssig zu machen und der behaupteten Dargebotsproblematik auszuweichen. Die nicht geförderten Wasserrechte von etwa 40 % (ca. 12 Mio m³) sind bevölkerungsschädigend, da dieses Wasser den Wiederanstieg des Grundwasserspiegels auf das alle Bürger schädigende Maß beschleunigt.

> Ergebnis: bislang von der NVV abgelehnt

9. Auskünfte vom Niersverband, Erftverband sowie der NVV zum Thema Dargebot veranlasst. Auf Widersprüche zur bisherigen Argumentationslinie der Aufsichtsbehörden hingewiesen.

> Ergebnis: dauert an

10. Die Aussage des Erftverbands im Abschlussbericht der Kreisgrundwasser-Kommission, wonach durch die Wiedereinbindung des Wasserwerkes Lodshof / Waldhütte 25 % der Häuser im Stadtgebiet „gerettet“ seien, ist auf gänzlich andere Bemessungszahlen und Prämissen gestützt, als sie bislang allgemein berücksichtigt und in der Presse verlautbart wurden. Ohne dass Bezugsgrößen genannt wurden, geht der Erftverband bei dieser Aussage von 2900 betroffenen Häusern aus und stützt sich dabei aus-

schließlich auf die freiwilligen Selbstauskünfte zur Grundwasserbetroffenheit der Bürger. Betroffen sind aber nach den allein maßgeblichen Hochrechnungen von Prof. Düllmann tatsächlich allein in Korschenbroich ca. 4700 Häuser. Anzumerken ist, dass dies die Verwaltung gewusst, aber erst, nachdem die Diskrepanz offensichtlich wurde, im Umweltausschuss bestätigt hat. Weiter anzumerken ist, dass der Erftverband weiterhin die u. E. falsche Behauptung aufrecht erhält, dass sich der Pumptrichter auf das gesamte Stadtgebiet auswirkt. Wir sind der Meinung, dass die max. 10 - 30 cm lediglich auf Raderbroich und Herrenshoff zutreffen.

> Ergebnis: Ungereimtheit aufgedeckt

11. Formulierung eines Antrages des Stadtrates an den Landtag NRW zur Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen zur Änderung des Landeswassergesetzes. Vereinfacht ausgedrückt: auch der Mensch und sein Eigentum sind schützenswert.

> Ergebnis: Antrag wurde umgesetzt. Das Land hat bislang nicht reagiert.

12. Gespräche mit den Volkskirchen

> Ergebnis: dauert an

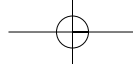
13. Kreisgrundwasserkommission – Antrag der Kreistagsabgeordneten auf Einberufung der Sitzung Anfang Oktober, zweiter Antrag im Kreisausschuss am 16.11.2005

> Ergebnis: Sitzung hat am 19.12.2005 stattgefunden (siehe dazu Bericht der Kreistagsabgeordneten)

14. Besichtigung nasser Keller mit Kreis-Umweltdezernat Mankowsky. Besichtigung verschiedener Immobilien in Herrenshoff und Pesch, in denen z. T. das Grundwasser im Keller stand.

> Ergebnis: keine Zusage zur Hilfe

Team Grundwasser



Der Ratsbeschluss von 1980 macht es deutlich. In Korschenbroich feiern wir ein trauriges Jubiläum: 25 Jahre betrogene Bürger

Im Oktober des Jahres 1980 geschah etwas Besonderes in Korschenbroich. Rheinbraun empfahl dem Korschenbroicher Stadtrat, im Flächennutzungsplan Hinweise zu Baurichtlinien aufzunehmen, indem die Vorschriften DIN 1054 und DIN 4117 berücksichtigt werden sollten. Das hört sich zunächst unverständlich und theoretisch an; nicht mehr, wenn man weiß, was gemeint ist: Bei der DIN 1054 handelt es sich um Vorschriften über die Gründungen von Bauvorhaben. Bei der DIN 4117 handelt es sich um Vorschriften über die Abdichtung von Bauwerken gegen Bodenfeuchtigkeit.

Was bedeutet das? Rheinbraun wollte die Menschen warnen. Warnen vor den zu erwartenden Gefahren durch wieder ansteigendes Grundwasser. Darauf hat Rheinbraun (heute: "RWE Power") die Stadt bereits vor 25 Jahren hingewiesen und dies auch 1982 eindringlich wiederholt. Ergebnis wäre gewesen, dass alle Bauherren und Hauskäufer über die Grundwassersituation informiert gewesen wären.

Die Reaktion des Stadtrates - mit Stadtdirektor Willi Esser und Bürgermeister Graf von Spee, beide CDU -

lautete wie folgt: "Es wird empfohlen, derartige Hinweise nicht aufzunehmen."

Kurz und bündig wurde beschlossen, mitten in die Korschenbroicher Auegebiete hinein Häuser bauen zu lassen ohne jegliche Absicherung gegen Feuchtigkeit. Obwohl man genau wusste, was passieren wird und obwohl Rheinbraun ausdrücklich auf die Folgen des Grundwasserwiederanstiegs hingewiesen hat.

Äußerungen von Bürgern, die nach 1980 hier gebaut oder gekauft haben, in dem Glauben, sich in Korschenbroich eine sichere Vermögensanlage für ihr Alter aufbauen zu können:

"Uns hat niemand etwas gesagt. Kein Architekt, kein Bauträger, geschweige denn Verwaltung oder Politik."

"Auf die Idee, nach der Gefährdung des Gebäudes durch wieder ansteigendes Grundwasser zu fragen, wer kommt denn darauf? Warum hat uns die Politik nicht darauf hingewiesen? Das sind doch Volksvertreter!"



Tausende KorschenbroicherInnen bei Demonstrationen Anfang 2003

"Wer kann sich ernsthaft vorstellen, dass sich Kommunalpolitiker wider besseren Wissens dazu aufschwingen, solche zentralen Informationen zu Lasten des Bürgers zu verheimlichen?"

Ein peinliches und schreckliches Jubiläum: In Korschenbroich müssen wir es begehen und betrauern. Noch heute gibt es übrigens ein CDU-Ratsmitglied, das damals den verheerenden Beschluss mit gefasst hat.

Auch wenn die Mehrheitsverhältnisse zurzeit kaum einen Schritt nach vorne erlauben: *Die Aktive* bleibt am Ball!

Wolfgang Wiedemann

Dürfen nun im Sinne der Transparenz bekannt gegeben werden:

Nebenverdienste des Bürgermeisters

In der Ratssitzung der Stadt Korschenbroich am 14.04.2005 wurde im Rahmen des Themas Transparenz der Bürgermeister gefragt, ob er bereit sei, aus seiner Tätigkeit im Verwaltungsrat und Kreditausschuss der Sparkasse Neuss seine Nebeneinkünfte zu veröffentlichen. Damals gab er zur Antwort, er würde ja, wenn er dürfte, wie er wollte. Aufgrund des Grundsatzes der Amtverschwiegenheit seien ihm aber die Hände gebunden. Man könne

jedoch beim Verwaltungsrat der Sparkasse um eine Änderung des Grundsatzes nachsuchen. Das hat *Die Aktive* getan.

Am 21.09.2005 antwortete uns der Verwaltungsratsvorsitzende Herr Napp schriftlich, dass der Verwaltungsrat der Sparkasse den Beschluss gefasst hat, den Verwaltungsratsmitgliedern die Veröffentlichung der Sitzungsgelder und der Aufwandsentschädigung zu gestatten.

Nach erneuter Anfrage in der Ratssitzung am

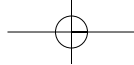
17.11.2005, ob er nun bereit sei Auskunft zu geben, da er nun könne, wie er wolle, da er ja nun dürfe, antwortete Herr Dick, er habe diese Auskunft bereits im Rahmen einer Pressemitteilung gegeben. Für alle die es interessiert und die diese Pressemitteilung nicht lesen konnten, hier die konkrete Zahl:

**8.264,52 Euro
in 2004**

verteilt auf Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigung.

Ein Betrag, den der Bürgermeister zugunsten des 80%igen Bürgeranteils für Pumpkosten spenden könnte, wenn ihm am Wohl der Bürger und am Erhalt deren finanzieller Existenz gelegen wäre.

Wolfgang Wiedemann



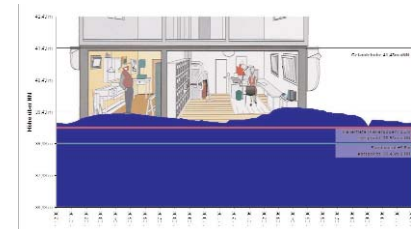
Ab wann bekommt Ihr Haus eigentlich nasse Füße?

Grundwasser ist eine Gefahr, die man - erst einmal - nicht sieht, nicht riecht, nicht hört und nicht fühlt und - erst einmal - nicht glaubt.

Entsprechend dem Gutachten von Prof. Dr. Düllmann sind Haus und Hausbewohner durch Grundwasser gefährdet, wenn das Wasser 50 cm oder weniger unter der Bodenplatte steht. Dann entsteht ein Sogeffekt, der die Feuchtigkeit ins Haus zieht. Wann es so weit ist, hängt unter anderem von der Geländehöhe Ihres Grundstücks ab.

In Kleinenbroich am "Birkenweg" haben wir z. B. eine Geländehöhe von 41,43 Metern über Normalnull (N.N.).

Bei normaler Bauweise mit Keller liegt das Fundament etwa 2,50 Meter unter der Geländeoberfläche. Im November 2005 betrug der Grundwasserstand 38,13 m über N.N., d. h. 3,30 m unter Geländehöhe.



Meßstelle Birkenweg - Grundwasserstände
01.12.2003 - 01.12.2005
(Details im Internet)

Der höchste Grundwasserstand in den letzten Jahren war 39,94 m über N.N.

Wolfgang Wiedemann

Baustellenbesichtigung Konrad-Adenauer-Straße

Seit Monaten ist das Grundwasser in den Baugruben an der Konrad-Adenauer-Straße in Kleinenbroich zu sehen. Wir haben nachgemessen! In der Grube Ecke Hohe Brücke lag der Grundwasserspiegel am 20.11.2005 bei 2,70 m unter Straßenniveau. Nicht zu übersehen, dass in der zweiten Grube in Höhe „Am Kamp“ eine riesige Pumpe stand, die Grundwasser abpumpte, d. h. der gemessene Spiegel war beeinflusst. Selbst wenn man das unberücksichtigt lässt, bleibt, dass das Grund-

wasser in den nächsten Wochen und Monaten zwischen 50 - 100 cm ansteigen wird. Berücksichtigt man nun, dass eine normale Kellerbodenplatte bei 2,50 m unter Straßenniveau liegt, lässt sich leicht nachvollziehen, dass die Häuser in unmittelbarer Nähe vom Grundwasser bedroht sind.



Es ist an der Zeit aufzuwachen!



Gabriele Dietrich / Peter Drüll

Die Aktive im Kreistag

Bericht aus der Kreis-Grundwasser-Kommission

Nach zweimaligem Antrag der Kreistags-Fraktion fand am 19.12.2005 doch noch die Kreis-Grundwasser-Kommission statt. Wesentliche Themen waren die Entschlammung des Nordkanals bzw. die Finanzierung dieser Maßnahme und die Optimierung und Pflege des Jüchener Bachs.

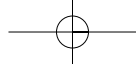
Nun ist der Kaarster Stadtrat gefragt, ob die Stadt Kaarst die Nordkanal-Entschlammung durchführen will. Diese Entscheidung soll im Januar 2006 getroffen werden. Erst danach

wird entschieden, ob und in welcher Höhe sich der Rhein-Kreis Neuss an den Kosten von 2,5 MioEuro beteiligen wird. Die Stadt Neuss hat bereits signalisiert, sie wolle sich nicht an den Kosten beteiligen und auch keine Mittel aus dem Kreishaushalt eingesetzt haben.

Bereits im März 2005 hatte der Ausschuss "Umwelt, Grundwasser und Energie" der Stadt Korschenbroich beschlossen das erarbeitete Grabenkonzept umzusetzen. Der Kreis-

ausschuss bewilligte dazu im April eine 50 % Kostenübernahme in Höhe von 63.517 Euro für 2005. In der Kreis-Grundwasser-Kommission kam heraus, dass der Erftverband noch gar keine Anträge für die geplanten Maßnahmen gestellt hat. Umweltdezernent Karsten Mankowsky wird sich nun des Themas annehmen und koordinieren. Die Antragsunterlagen sollen im Januar 2006 vorliegen. Eine kurzfristige Genehmigung wird dann von der Unteren Wasserbehörde erwartet.

Gabriele Dietrich



Die Hürde des „Dargebots“

Geht es um die Frage der Begrenzung des Grundwasseranstiegs durch Pumpmaßnahmen oder grundwasserableitende Grabensysteme, wurde und wird von den verantwortlichen Behörden einschließlich des Erftverbandes ständig eine Absage mit Hinweis auf den sonst stattfindenden Eingriff in das „Dargebot“ erteilt. – Hierzu die nachfolgenden Informationen:

Zunächst muss man wissen, dass der Begriff „Dargebot“ in den maßgeblichen Richtlinien der Europäischen Union nicht existiert und nur in der deutschen Wasserwirtschaft Anwendung findet. Die Verwendung des Begriffes erfolgt zudem nicht einheitlich. Je nach Intention finden sich verschiedene Begriffsformen wie Wasserdargebot, Grundwasserdargebot, verfügbares Dargebot, Grundwassernutzungsrate etc.

Grundwasserdargebot (um das es letztlich bei uns in Korschenbroich geht) bedeutet nichts anderes als Grundwasserneubildung und ist somit ein Teil des Wasserkreislaufes, an dessen Anfang der Niederschlag steht. Alles Regenwasser, das jährlich durch den Boden in den Untergrund versickert, ist Grundwasserneubildung oder „Dargebot“. Vom „Dargebot“ steht für den menschlichen Gebrauch jedoch nur eine Teilmenge, das „nutzbare Dargebot“, zur Verfügung, da für natürliche Abläufe eine bestimmte Restmenge, das „Ökowasser“, im Wasserkreislauf verbleiben muss. Die Aufteilung zwischen den beiden Komponenten unterliegt einem gewissen Spielraum, da schon die Grundwasserneubildung wegen vieler natürlicher Einflussgrößen nicht genau zu fassen ist. Eine Zusammenfassung hierzu könnte also etwa so lauten: Das „nutzbare Dargebot“ ist das aus dem natürlichen Wasserkreislauf eines Jahres zur Nutzung verfügbare Wasser.

Das klingt insgesamt gar nicht so schlimm. Andererseits nahmen und nehmen bislang ideologisch überzogene Vorstellungen Einfluss auf eine sinnvolle Bewirtschaftung des Grundwassers.

An dieser Stelle ist es wichtig festzuhalten, dass alles Grundwasser, das von der jährlichen Neubildungsmenge nicht verbraucht wird, auch jährlich im Untergrund selbst oder über geeignete Bäche und Flüsse abfließen muss. Ist dieses nicht möglich oder die anfallende Menge zu groß, steigt das Grundwasser unweigerlich an die Oberfläche und versumpft das Land, wie in Teilen von Korschenbroich zu erwarten ist.

Der Begriff „Dargebot“ alleine verdeutlicht zudem nicht die uns Bürgern entgegengesetzten Hürden. Man muss ergänzend wissen, dass die Behörden in unserer Region in Höhe des „Dargebots“ das gesamte Wasserrecht vergeben haben, und zwar unabhängig davon, dass die Rechteinhaber tatsächlich aktuell nur etwa 60 % verbrauchen und auch unabhängig davon, wie hoch der Grundwasserstand ist. Obwohl also ca. 40 % der Wasserrechte gar nicht genutzt werden, wird uns eine dauerhafte Grundwasserbegrenzung verweigert. Der Einwand des entgegenstehenden „Dargebots“ dient somit lediglich als Versteck für den fehlenden politischen Willen, notwendige und mögliche Anpassungen vorzunehmen.

Des Weiteren wird in NRW mit ungleicher Maßlatte gemessen. Die Stadt Bergheim/Erft wird z.B. für die Bürger kostenfrei in Kenntnis der Genehmigungsbehörden trocken gehalten. Dort fragt niemand nach dem „Dargebot“. Zudem vermeidet man in anderen Bundesländern die einseitige Auslegung des „Dargebots“ zu Lasten der vom Grundwasseranstieg bedrohten Bürger.

Ergebnis: Die Ressourcen für gesundes Trinkwasser als das wichtigste Lebensmittel sind selbstverständlich zu schützen. Das vermeintliche Problem „Dargebot“ ist aber vorgeschoben. Bislang ist leider nicht ersichtlich, dass die neue Landesregierung dieses ändern wird.

Team Grundwasser

Windkraft

Am 22.09.2005 wurde vom Stadtrat Korschenbroich mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und UWG dem Bau von 4 industriellen Windkraftgroßanlagen im Windpark Süd zugestimmt. Die Windkraftbetreiber hatten Schadensersatzansprüche angemeldet. Vehement hat sich *Die Aktive* gegen diese Genehmigung eingesetzt.

Nicht, dass *Die Aktive* gegen alternative Energien wäre, doch ausschließlich da, wo sie sinnvoll, also effektiv und bevölkerungs- und umweltschonend angewandt wird. Für eine entscheidende Einflussnahme war die Gründung der *Aktiven Bürger Gemeinschaft* vor 2 Jahren zu spät. Die damalige Mehrheitsfraktion hatte bereits alle Voraussetzungen geschaffen, um eine Verhinderung von 2 Konzentrationszonen zu einem so späten Zeitpunkt durchzusetzen.

Die Aktive hat unermüdlich auf die Betroffenheit der Bürger von Scherfhausen, Glehn, Epsendorf, Lüttenglehn, Grefrath und Röckrath und vielen Bauernhöfen hingewiesen, die die Lebensbeeinträchtigungen durch Lärm und Schattenwurf, durch Tag- und Nachtbefeuerung der Rotorblätter werden hinnehmen müssen.

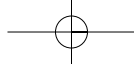
Argumente wie die Nähe zur Kompostieranlage, zum Naturdenkmal „Blausteins Linde“ oder zur denkmalgeschützten Hofanlage „Buscher Hof“ und generelle Bedenken wegen der Höhe der industriellen Windkraftgroßanlagen (nahezu so hoch wie der Kölner Dom) wurden von der Wählergemeinschaft *Die Aktive* eingebracht, fanden aber keine Beachtung.



Windpark Nord :
1. Windrad am
14.12.05 aufgebaut.
Inzwischen steht
der gesamte Park
mit 5 Windrädern.
Foto:
G. Dietrich

Schwerwiegend wird für viele auch der Wertverlust ihrer Immobilie sein, der unweigerlich - wie bei den Grundwasser-Betroffenen - eintritt. Der Umwelt ist in keiner Weise geholfen worden. „Gewinner“ sind hier nur anonyme Investoren und Geldanleger sowie ein Landwirt, der das Grundstück für viel Geld zur Verfügung stellt.

Margit Kalthoff



Friedhöfe / Gebühren

Zunächst einige Fakten zur Entwicklung der Friedhofsgebühren in unserer Stadt:

Unser Bürgermeister betont immer wieder, dass die Friedhofsgebühren, im Vergleich zu anderen Städten im Rhein-Kreis Neuss, im Mittelfeld liegen. Um die Bürger wirklich vollständig zu informieren – das erwarten wir seitens der Verwaltung – sollte erwähnt werden, dass in der letzten Sitzung des Hauptausschusses mit Mehrheit der CDU, UWG und Grüne eine erhebliche Erhöhung der Gebühren ab 2006 beschlossen wurde.

Die Gebühren steigen wie folgt:

Bestattungsgebühren: zwischen 26 % und 65 %
Nutzungsgebühren: zwischen 6 % und 256 %

Dadurch entwickeln sich die Gebührensätze ab 2006:

Reihengrab:	von	1.120€	auf	2.110€	(+ 88 %)
Wahlgrab	von	2.623€	auf	3.053€	(+ 16 %)
Urnenreihengrab	von	860€	auf	1.135€	(+ 32 %)
Urnenwahlgrab	von	2.330€	auf	1.930€	(- 17 %)

Für die Erweiterung des Friedhofs in Pesch kämen ca. weitere 10 % hinzu.

Dies hat zur Folge, dass wir im Vergleich mit allen Städten im Rhein-Kreis Neuss und darüber hinaus einen Spitzenplatz einnehmen! Interessant ist u.a. der Vergleich mit den Städten Kaarst und Willich. Die Gebühren in Korschenbroich liegen in allen Kriterien erheblich über denen dieser beiden Vergleichsstädte. Warum? Was ist dort anders? Was haben diese Städte unternommen um die Gebühren bezahlbar zu halten? Sterben in Korschenbroich kann man sich bald kaum mehr leisten; eine Bestattungsfucht, z. B. nach Willich ist sicher nicht ganz abwegig. Weitere Informationen hierzu auf unserer Internet-Seite: www.die-aktive.de

Gegen unseren energischen Protest, wurde in der Ratssitzung am 13.12.2005 mit Mehrheit der CDU, UWG und Grüne eine Erhöhung der Friedhofsgebühren um ca. 40 % endgültig beschlossen.



Alter Friedhof Kleinenbroich
Foto: G. Dietrich

Wenn demnächst die Mehrheit im Rat, eine Erweiterung des Friedhofs Pesch beschließen sollte, können wir dieser nur unter folgender Prämisse zustimmen: Die Erweiterung kann nur mit einer **Grundwasserbegrenzung** durchgeführt werden, die drei Dinge bewirken würde:

- Eine Friedhofserweiterung könnte auf dem gleichen Geländeniveau durchgeführt werden (keine Aufschüttung erforderlich); Folienbestattungen erübrigten sich.
- Das Grundwasserproblem des jetzigen Friedhofs wäre ebenfalls gelöst.
- Mit einer Grundwasserbegrenzung könnte das allgemeine Grundwasserproblem in Pesch (Kellervernäsungen usw.) zumindest teilweise beseitigt werden.

Eine durchgepeitschte Entscheidung, beruhend auf "mit heißer Nadel" gestrickten Zahlen und aufgewühlten Emotionen vor allem in Pesch kann nicht befriedigen. Hiermit ist keinem geholfen. Weder der Stadt Korschenbroich noch der "Gemeinde Pesch".

Packen wir das Problem an der Wurzel! Das gelingt, wenn wir das Grundwasserproblem – auch in der Friedhofsfrage – nicht ignorieren, sondern gemeinsam in Angriff nehmen. Nur das hilft – sowohl den Toten als auch den Lebenden.

Rolf Schmier

Die Aktive

Am Brauhaus 18
(im Hannen-Center)
Korschenbroich

Telefon: 02161-4022-001

Telefax: 02161-4022-002

Redaktion: W. Wiedemann,
R. Schmier, G. Dietrich (iSdLPG)

Druckerei Meinke GmbH, Hansemanstr. 65, 41468 Neuss

Bürgersprechstunden

jeden Montag von
18.00 Uhr - 20.00 Uhr

jeden Samstag von
10.00 Uhr bis 12.00 Uhr

www.die-aktive.de